

(Abgeordneter Lange [Leipzig].)

(A) gegebenen Verhältnissen zu rechnen haben, wollen wir uns nicht scheuen, diesen Weg zu beschreiten, der zu der Macht des Volkes führt, der dem Volke die Macht gibt, deren es bedarf. Ich halte es für falsch zu sagen, es bleibt alles beim alten. Nein, das soll es eben nicht, es soll kein Pseudoparlamentarismus werden, es kann kein Pseudoparlamentarismus werden, wenn durch ein gleiches Wahlrecht das Volk sich ein Parlament nach seinem Willen schafft. Was lehrt uns die Geschichte? Die Augenblickserfolge, die nicht begründet sind auf den großen Massen, sie welken dahin in einer Nacht. Nein, wir wollen etwas Dauerndes schaffen, wir wollen etwas schaffen für das gesamte Volk, aber auch durch das gesamte Volk. Und wenn man dann sagt: ja, ihr brauchtet dazu den König nicht, so kann man recht haben, man braucht ihn vielleicht nicht, aber wenn man eben das Gegebene benutzt, um auf den Weg zu kommen und zu dem Ziele zu gelangen, dann meine ich, die Wohlfahrt in der Welt hat noch nie von einem König, von seiner Existenz oder seiner Nichtexistenz abgehungen. Wir haben Republiken, die schärfer gewütet haben gegen die Arbeiter mit den Maschinengewehren, mit der Polizei, als es in manchem monarchischen Staat geschehen ist.

(Sehr richtig! links.)

(B) Also ich stimme im Grundsatz, in den Anschauungen mit ihm überein, aber daß das die erste Handlung sein müßte, das, meine ich, ist eine andere Frage, die ich nicht als erste und wichtigste gelten lassen möchte. Eben den Belagerungszustand wollen wir weghaben, aber um diesen Belagerungszustand wegzukriegen, dazu wollen wir Einfluß auf die Regierung haben. Der Belagerungszustand ist auf gesetzlichem Wege zu beseitigen, mit der Diktatur stehen Sie gegenüber der brutalsten Militärgewalt, der wir gar nicht den Einfluß gönnen wollen; wer da den Kürzeren zieht, das steht im voraus nicht fest, und auf eine so unsichere Karte möchte ich das Gedeihen des Volkes in der Zukunft nicht gestellt sehen.

(Sehr richtig! links.)

Über alle die anderen Fragen zu reden, werden wir Gelegenheit nehmen, wenn uns die Gesetze vorliegen, genau so über die Erste Kammer, aber es muß Herr Kollege Fleißner als Mitglied dieser Deputation doch zugeben, daß schon jetzt, ehe man sagen konnte, es brennt das Feuer auf den Fingern, die Zweite Kammer beschlossen hat, daß, wenn ihre Beschlüsse zu einem Gesetzentwurf wiederholt gefaßt sind, diese Beschlüsse nicht mehr durch die Erste Kammer unwirksam gemacht werden können.

(Abgeordneter Fleißner: Wenn!)

Ja, wenn eine Zweite Kammer hier zusammengesetzt ist (C) auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, dann habe ich das Zutrauen, daß die Kammer ihrem Willen Geltung verschaffen wird. Zerbrechen wir uns doch nicht den Kopf über das, was die auf einem freien Wahlrecht gewählten Abgeordneten tun werden; das wollen wir denen doch überlassen. Über die einzelnen Fragen ließe sich ja viel sagen, aber es mag doch erst einmal die Regierung mit ihrem Programm nächste Woche herauskommen, sie mag doch erst ihren Standpunkt darlegen, auf dem sie steht, und dann werden wir Manns genug sein, der Regierung zu sagen: nein, so weit machen wir mit oder auch nicht, wir wollen die Grundsätze umgesetzt wissen in die Wirklichkeit. Ich meine, in diesem Augenblick ist das Handeln wichtiger als 10 000 gute Worte;

(Sehr richtig! links.)

wir schaffen mit den radikalsten Worten nicht so viel wie mit der einen Tat: in Sachsen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu schaffen. Das ist eine Tat, die wird bestehen bleiben in der Geschichte.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten und Freisinnigen.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Fleißner.

Abgeordneter Fleißner: Meine Herren! Das (D) ist eben der Unterschied zwischen meinen Parteifreunden und denen des Herrn Kollegen Lange: Sie setzen ihre ganze Hoffnung auf die Regierung

(Lachen links.)

und bezeichnenderweise auf eine Regierung, von der Sie, wie Herr Abgeordneter Lange soeben sagte, noch gar nicht wissen, was sie bringt, wir auf das Volk. Wenn Herr Kollege Lange ausführte, der Staatsrat sei ja nur das Mittel zum Zweck, so ist das unsere Auffassung auch. Wir meinen allerdings, daß der Staatsrat einen anderen Zweck hat, einen unausgesprochenen Zweck hat, während Herr Kollege Lange der Meinung zu sein scheint, daß der Staatsrat wirklich der Embryo des neuen politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland sei. Die Zusammensetzung dieses Staatsrates schon schließt das nach unserem Dafürhalten vollständig aus. Er hat dann gemeint, wir wollten wahrscheinlich, weil wir einen anderen Weg einzuschlagen gedenken, auf die Diktatur des Proletariats hinaus. Herr Kollege Lange wird als ehemaliger Sozialdemokrat sicher früher einmal etwas von der Diktatur des Proletariats gehört haben. Ich glaube, wir haben genügend Literatur darüber, wie wir als Sozialdemokraten uns das Aufsteigen zur Macht enken. Etwas anders haben wir uns das allerdings

b